

# Haushaltsrede 2006

## Kreistagssitzung am 19.12.2005

Dr. Astrid Fleischer  
Bündnis 90 / Grüne

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

Bei der Festlegung der Kreisumlage für 2006 haben sich die Fraktionen darauf verständigt, den Vorschlag der Verwaltung von 41,6 % zu unterbieten.

Allen Beteiligten ist dabei klar, dass die Aufgaben des Rems-Murr-Kreises nicht ohne finanzielle Mittel zu erledigen sind und dass es sich hier vorwiegend um Pflichtaufgaben handelt.

Trotz des jährlichen Entgegenkommens sind die Gemeinden der Ansicht, dass sie zu sehr geschröpft werden und die Bürgermeister weisen uns in jeder ihrer Reden darauf hin, dass die Kreisumlage zu hoch ist. Ist ja auch ihr gutes Recht...

Die Konsequenz ist, dass der Rems-Murr-Kreis dieses Jahr die stattliche Summe von fast 9 Millionen EURO an neuen Schulden aufnehmen muss. Ende des Jahres 2006 wird somit der Schuldenstand auf gut 83 Millionen EURO ansteigen. Das ist ein neuer Rekord.

Aber das ist nicht nachhaltig!

Hinzu kommt, dass in den nächsten 22 Jahren für die Nachsorge der Mülldeponien noch mehr als 60 Millionen EURO angespart werden müssen. Hier ist die Zuführung der Zinsen in die Rücklage ein richtiger Schritt, um die späteren Belastungen abzufedern.

Trotzdem bleibt ein Vermächtnis, das keiner gerne übernehmen will.

Deshalb fällt es uns nicht leicht, die Kreisumlage unter 41 % zu senken und den 40,95 % zuzustimmen.

### **Lokale Agenda**

Gerade in Zeiten knapper Kassen zeigt sich, dass bürgerschaftliches Engagement besonders wichtig und unverzichtbar ist. Die bereits sehr erfolgreich laufenden Projekte der lokalen Agenda erhalten im kommenden Jahr für die Durchführung der bereits geplanten Projekte die in diesem Jahr eingesparten Mittel. Unseres Erachtens ist es jedoch dringend erforderlich, auch in den kommenden Jahren neue Impulse für die lokale Agenda zu setzen, damit diese nicht ins Stocken gerät. Die vielfältigen Ideen im Kreis und vor allem in den einzelnen Kommunen, das bürgerschaftliche Engagement für ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften, die Wahrnehmung von Verantwortung auf lokaler Ebene für die globalen Probleme, brauchen auch künftig die volle Unterstützung durch den Rems-Murr-Kreis.

Wir plädieren deshalb dafür, im nächsten Haushaltsplan wieder ausreichend Mittel für die lokale Agenda zur Verfügung zu stellen. Diese werden sich in Zukunft weiterhin bezahlt machen.

### **Gentechnikfreier Landkreis**

Es freut uns sehr, dass sich die Landwirtschaftsverwaltung unserer Meinung anschließt, dass es nicht sinnvoll ist, gentechnisch veränderte Pflanzen im Rems-Murr-Kreis anzubauen. Die Gründe liegen

dafür auf der Hand und brauchen hier nicht weiter erläutert werden. Obwohl sich auch die anderen Fraktionen gegen den Anbau und die Nutzung gentechnisch veränderter Pflanzen ausgesprochen haben, hatten sie leider nicht den Mut, sich auch außenwirksam für einen gentechnikfreien Rems-Murr-Kreis einzusetzen.

Es hätte der Landwirtschaft und den Verbrauchern gut getan, wenn wir hier als Rems-Murr-Kreis, so wie wir Grünen es beantragt haben, ein deutlicheres Zeichen gesetzt hätten.

Wir können stolz auf unsere regionalen Produkte sein. Als gentechnikfreier Landkreis hätten wir klar Position beziehen sollen.

Leider fand unser Antrag dazu noch keine Mehrheit. Es wird aber umso wichtiger, sich darüber Gedanken zu machen, wenn die Bundesregierung das Gentechnikgesetz aufweichen will.

## **Verkehr**

Im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs will das Land seine Zuschüsse immer weiter streichen, obwohl die Verkehrssituation auf den Straßen nicht nur im Einzugsbereich von Stuttgart immer unerträglicher wird.

Das führt sogar dazu, dass wir im Umweltausschuss Vorlagen nach dem Motto „friss oder stirb“ vorgelegt bekommen, wonach wir entweder den Knebelverträgen mit minimalem Mitspracherecht zustimmen oder damit rechnen müssen, dass die Zuwendungen ganz gestrichen werden.

Das können wir so nicht hinnehmen.

Die steigenden Verkehrszahlen verlangen stattdessen Maßnahmen, die das Umsteigen der Autofahrer auf Bus und Bahn erleichtern. Dazu gehört, das Angebot attraktiver zu gestalten und die Fahrpreise stabil zu halten.

Der Ringschluss der S40, der von allen Fraktionen hier im Kreistag unterstützt wird, ist ein großer Schritt in diese Richtung. So wird die Landesregierung doch zu ihrem alten Wort stehen müssen und sich für den Ausbau des S-Bahnnetzes zwischen Marbach und Backnang einsetzen.

Die kostenlose Fahrradmitnahme in der S-Bahn soll als attraktives Angebot auch künftig erhalten bleiben.

Der Zustand der Kreisstraßen ist nicht besonders gut. Im Haushalt 2006 sind von der Verwaltung aus diesem Grund drei mal so viele Mittel für Instandhaltungsmaßnahmen vorgesehen als 2005. Darüber hinaus zusätzlich noch weitere 100.000 EURO für die Kreisstraßen einzustellen, wie von der CDU vorgeschlagen, halten wir angesichts der Finanzsituation für nicht verantwortbar.

Gerade beim Bau und der Erweiterung von Kreisstraßen haben wir den Eindruck, dass man doch lieber etwas großzügiger plant, nach dem Motto „Da haben wir etwas Gescheites“, als eine kostengünstigere und vielleicht weniger komfortable Lösung zu bevorzugen.

## **Soziales**

Im Jahr 2005 kamen durch die gesetzlichen Regelungen zu Hartz IV/SGB II und die

Verwaltungsreform erhebliche Veränderungen im sozialen Bereich auf die Kreise zu. Der Kreis sah sich 2005 einer Reihe von Risiken ausgesetzt: Durch den Wegfall der alten Sozialhilfe, die Eingliederung der Sonderbehörden und die Auflösung des Landeswohlfahrtsverbandes. Inzwischen hat sich gezeigt, dass der Rems-Murr-Kreis im Sozialhaushalt unterm Strich sogar, man höre und staune, mit geringeren Kosten davongekommen ist als in den Vorjahren. Nach der im Vorbericht zum Haushaltsplan 2006 erläuterten Hochrechnung ist im Sozialhaushalt von einer Einsparung in Höhe von 1,1 Mio. Euro im Jahr 2005 auszugehen. Darüber können wir uns richtig freuen.

Und noch mehr freuen wir uns darüber, dass weder von der Verwaltung noch von diesem Gremium vor einem Jahr der im Raum stehende Fehler begangen wurde, im Sozialhaushalt mit der Brechstange zu sparen. Es wäre fatal gewesen, die wenigen Freiwilligkeitsleistungen, mit ihren sinnvollen und wirklich wichtigen Hilfeangeboten, nacheinander zu streichen.

Mut macht hier auch die kluge Entscheidung des Kreistags, die Mitfinanzierung des EH-Mobils nicht gänzlich einzustellen.

Gerade dieses niederschwellige Hilfeangebot für wohnungslose und andere arme Menschen, eine mobile Tagesstätte mit einem einfachen Essen, Beratung und weiteren Hilfen, breit getragen von Kirchengemeinden, vielen Ehrenamtlichen HelferInnen und privaten Spendern, war ein Lichtblick bei den Beratungen des Sozialhaushalts.

Gerade dieses Beispiel zeigt, wie mit wirklich wenig Mitteln, 27.500 Euro, ein wirkungsvolles soziales Angebot für die Ärmsten in unserer Gesellschaft aufrechterhalten werden kann.

Ein zentraler Angelpunkt zur Reduzierung der Finanzproblematik der öffentlichen Haushalte, auch des Kreishaushalts ist eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang außerordentlich, dass Herr Landrat Fuchs im Sozialausschuss erklärt hat, dass in der ARGE ein fachlicher Beirat eingerichtet werden soll. Wir sind zuversichtlich, dass die Arge zusammen mit dem Beirat wie andernorts auch sinnvolle Initiativen zur Reduzierung von Langzeitarbeitslosigkeit im Rems-Murr-Kreis entwickeln kann. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung des Kreishaushalts.

Bezüglich der Zusammensetzung des Beirates erwarten wir ein breites Spektrum der Beteiligten. So sollten neben Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände unbedingt auch Vertreter der Wohlfahrtspflege und der Kirchen mitwirken können. Die sozialen Aspekte, die für die betroffenen BürgerInnen eine große Rolle spielen, dürfen hier nicht unter die Räder geraten.

Insbesondere erwarten wir, da deutliche Verbesserungen am regulären Arbeitsmarkt auch bei Schwarz-Rot kurzfristig nicht in Sicht sind, gezielte Aktivitäten des Landkreises auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt.

Anstelle der 1 Euro-Jobs, die zum Einen mehr schlecht als recht funktionieren und zum Anderen die Würde vieler Menschen wirklich verletzen, sollen versicherungspflichtige, also richtige Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose auf dem 2. Arbeitsmarkt geschaffen werden.

Das spart erstens Kosten, denn 1 Euro-Jobs sind teuer, zweitens ermöglicht dies sinnvolle

Beschäftigung, sowohl für Langzeitarbeitslose als auch für die Öffentlichkeit, und drittens bringt dies den betroffenen Menschen ihre Würde zurück.

### **Krankenhäuser**

Die Ängste der Bürger in Bezug auf die Reduzierung der wohnortnahen Versorgung beim Bau eines zentralen Krankenhauses und der damit verbundenen Schließung der bestehenden Krankenhäuser in Backnang und Waiblingen nehmen wir Grünen sehr ernst.

Dennoch, auch der Rems-Murr-Kreis kann sich einer bereits überall im Gang befindlichen Veränderung der Krankenhauslandschaft nicht entziehen. Die Liegezeiten verkürzen sich, die Leistungen werden häufiger ambulant erbracht und die Spezialisierung auf hoch qualifizierte und technisch aufwändige Behandlungen schreitet voran.

Um diese hohen medizinischen Leistungen wirtschaftlich erbringen zu können, sind große Einheiten und Synergieeffekte nötig.

Die Abwanderungsbewegung von Patienten in die Nachbarkreise wird an den sinkenden Belegungszahlen unserer Kreiskrankenhäuser sehr deutlich. Die Patienten erwarten bessere und technisch hoch spezialisierte medizinische Leistungen eher in anderen Krankenhäusern als in unseren.

Nicht nur deshalb ist das jährliche Defizit unserer Kreiskrankenhäuser sehr hoch und schon jetzt kaum zu finanzieren. Die Folge ist, dass im Haushalt wieder ein großer Brocken für den Ausgleich des Klinikdefizits eingestellt werden muss.

Das muss sich ändern. Daher ist eine zügige Umsetzung des geplanten Klinikneubaus dringend notwendig.

Um die Versorgung der Patienten im Rems-Murr-Kreis sicher zu stellen kommt es nicht nur auf die medizinisch technischen Lösungen an, sondern auch auf eine sehr gute Betreuung von Seiten des Klinikpersonals. Das Pflegepersonal ist heute schon stark belastet und weitere Einsparungen durch Personalabbau sind nicht mehr anzuraten.

In der neuen Klinik darf die Stellung des Personals nicht verschlechtert werden. Die Tarifverträge müssen übernommen werden und es darf zu keiner Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen kommen.

Im Aufsichtsrat des neuen Krankenhauses müssen den Mitarbeitern und den gewählten politischen Vertretern aller Fraktionen ein Mitsprache- und Kontrollrecht eingeräumt werden, so dass eine umfassende demokratische Kontrolle stattfinden kann.

Die Umsetzung der von der EU geforderten Neuregulierung der Arbeitszeit für Ärzte, das heißt z.B. keine Arbeit nach dem Nachtdienst, wird weitere Mittel fordern. Es ist ein Skandal, dass diese Umsetzung wieder um ein Jahr hinausgezögert wurde. Hier wird massiv auf dem Rücken von Mitarbeitern gespart.

Oder wollen sie von einem übermüdeten Arzt behandelt werden?

Verwundert hat uns die Absicht, die Krankenpflegeschule in Schorndorf zu schließen und die Plätze zu streichen. Vor einiger Zeit hat der Kreistag einer Zusammenlegung der Schulen im ZFP zugestimmt. Diese Pläne werden nun sang und klanglos begraben, weil die Räume nicht geeignet sind. Hätte man das nicht schon vorher wissen können?

Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Krankenhäuser und der Verwaltung des

Rems-Murr-Kreises, die durch ihren Einsatz alles am Laufen halten und die schwierigen Zeiten mittragen müssen.

Zum Schluss bleibt uns die Hoffnung auf bessere Zeiten, in denen die Belastungen des Kreises nicht mehr so hoch sein werden und die finanziellen Bedingungen auch uns politischen Vertretern mehr Spielraum für Gestaltung bieten als bisher.

Vielen Dank